

# Auch 13. und 14. Pension an Pflegeheime?

Die Finanzierung der Pflegeheime ist um eine unwürdige Forderung reicher

Gemeindebund-Präsident Johannes Pressl hat in der ORF Pressestunde am 12. Oktober seinen Vorschlag bekräftigt, dass Bewohner:innen von Pflegeheimen auch 80 Prozent der 13. und 14. Pension abliefern sollten. Gleichzeitig betont der ÖVP-Politiker, dass er niemandem etwas wegnehmen wolle. Eine schwer nachvollziehbare Logik, die sich in den Geldbörsen der betreffenden Menschen nicht aussehen wird.

TEXT Franz Poimer



© Foto Helin - stock.adobe.com

Offenbar soll nun eine breite politische Diskussion über die Einbehaltung der 13. und 14. Pension losgetreten werden, zumal sein Parteikollege, der Bürgermeister der Stadt Ried/Innkreis, mit dieser Forderung bereits vorgeprescht ist.

## Sozialministerin Schumann gegen Abkassieren

Unterstützung für dieses unwürdige Abkassieren kommt auch von Sozialausschuss Christian Dörfel (ÖVP) aus Oberösterreich. Ein diesbezüglicher Antrag an Sozialministerin Korinna Schumann (SPÖ) wurde von dieser abgelehnt. Überdies hat Dörfel mit seiner Feststellung, in OÖ gäbe es in Pflegeheimen 600 (!) Betten zu viel, einen fragwürdigen Bezug zu den Lebensrealitäten.

Diese aus Sicht der älteren Generation unerfreuliche Entwicklung hat mich zu einer Leserzuschrift an die OÖ Nachrichten veranlasst. Darin kritisiere ich nicht nur dieses Ansinnen, sondern fordere zur Finanzierung der Pflege und dem Gesundheitsbereich die Besteuerung von Millionenerbschaften und Millionenvermögen. Somit würde man Heimbewohner:innen, die sich gegen einen weiteren Zugriff auf ihre Pension nicht wehren können, tatsächlich nichts wegnehmen.

Leserbriefe des Tages DAS DENKEN SIE DAVON

21

© Nachrichten

FREITAG, 17. OKTOBER 2020

## Unwürdiger Zugriff

Es ist keine überraschende Neuheit, dass der Pflegebereich durch den demografischen Wandel vor massiven finanziellen und organisatorischen Herausforderungen steht. Sehenden Auges hat die Politik diese Entwicklungen untätig herankommen lassen. Die Forderungen bestimmter „Sozialpolitiker“, Menschen sollen für ihren Aufenthalt in Pflegeheimen auch die 13. und 14. Pension hergeben müssen, ist um eine unwürdige Facette reicher. Es wird argumentiert, in den Heimen hätte man sowieso alles. Dies mag nur insofern stimmen, wenn man die Lebensbedürfnisse von oben herab auf minimale Grundbedürfnisse reduziert und Selbstbestimmung, wozu ein Mindestmaß an finanziellen Möglichkeiten gehört, ausschließt.

■ Franz Poimer, GPF-Landespensionistenvertreter, per E-Mail

Nachdem dieser Finanzierungsvorschlag von der Redaktion „elegant“ weggelassen wurde, kann angenommen werden, dass er der Blattlinie widerspricht und nicht im Interesse der vermögenden Eigentümerfamilie liegt.

## Ausschnitt Leserzuschrift

### Originaltext

Jene, die derart unwürdige Finanzierungsformen fordern, lehnen zugleich die moderate Besteuerung von Millionenerbschaften und Millionenvermögen ab, welche die Betreffenden kaum spüren, aber dem Pflege- und Gesundheitssystem enorm helfen würden. Die skurrile Begründung, „man würde damit die Wirtschaft abwürgen“, zeigt klar, auf welcher Seite man politisch steht. So unter dem Motto: Lieber gesund und reich als arm und krank. Mit freundlichen Grüßen, Franz Poimer

## ÖGB - Vermögenssteuermodell

- 0,5 % Vermögenssteuer ab 700.000 Euro
  - ab 2 Millionen Euro 1 %
  - ab 3 Millionen Euro 1,5 %.
- Damit könnte der Staat geschätzte **5,3 Milliarden Euro pro Jahr** einnehmen.

„Exzessiver Reichtum zerstört die Demokratie, gefährdet den sozialen Zusammenhalt und nimmt exklusive Privilegien für sich in Anspruch.“

Martin Schürz  
(Reichtumsforscher)

## Die größten Milliardenvermögen in Österreich

